



WOCHENSCHRIFT DES ARCHITEKTEN-VEREINS ZU BERLIN

HERAUSGEGEBEN VOM VEREINE

Erscheint Sonnabends u. Mittwochs. — Bezugspreis halbjährl. 4 Mark, postfrei 5,30 Mark, einzelne Nummern von gewöhn. Umfange 30 Pl., stärkere entspr. teurer
Der Anzeigenpreis für die 4gespaltene Petitzelle beträgt 50 Pf., für Behörden-Anzeigen und für Familien-Anzeigen 30 Pf. — Nachlaß auf Wiederholungen

Nummer 39

Berlin, Sonnabend den 28. September 1912

VII. Jahrgang

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Postämter und die Geschäftsstelle Carl Heymanns Verlag in Berlin W. 8, Mauerstr. 43.44

Alle Rechte vorbehalten

Können die in den heutigen großstädtischen Wohnverhältnissen liegenden Mängel und Schäden behoben werden?

Wettbewerb um den Strauchpreis 1911 des A.V.B. vom Baurat Albert Weiß in Charlottenburg

(Fortsetzung aus Nr. 14, Seite 138)

Abschnitt V

Die bisherigen Vorkehrungen und Vorschläge zur Behebung der bestehenden Mißstände

Der Erkenntnis der Mängel in den bestehenden Wohnverhältnissen sind gleichzeitig Vorschläge zur Verbesserung der vorhandenen Mißstände gefolgt. Fast jede von den zahllosen Abhandlungen, die auf dem Gebiet des Wohnungswesens erschienen sind, bringt Vorschläge hinsichtlich der dort hervorgehobenen Mängel. Auch seit einem Jahrzehnt, namentlich seit dem Erscheinen des im Abschnitt IV gestreiften Ministerial-Erlasses vom 19. März 1901, haben die Regierungen und Stadtverwaltungen usw. mehr und minder versucht, praktische Wohnungspolitik zu treiben.

Wir wollen in diesem Abschnitt zunächst erörtern, was bisher geschehen ist. Alle bisherigen Maßnahmen und Vorschläge lassen sich in zwei Gruppen

- a) in ausgleichende und
- b) in vorbeugende Maßregeln zerlegen.

Unter ausgleichenden Maßregeln verstehen wir alle Maßnahmen und Vorschläge, die den bestehenden Zustand unsrer Bodenverhältnisse als etwas Natürliches, auf einer unabänderlichen Entwicklung Beruhendes ansehen, die aber im Rahmen dieser gegebenen Verhältnisse Verbesserungen anstreben. Hierzu gehören:

1. die Schaffung oder Unterstützung der Herstellung billiger Wohnungen durch Private, gemeinnützige Gesellschaften, die Kommunen und den Staat,
2. die Ueberlassung von Boden in Erbpacht,
3. die Anlage von Gartenstädten und die Verbesserung und Verbilligung des Verkehrs dorthin und
4. die Einschränkung der bisherigen baupolizeilichen Anforderungen hinsichtlich der Herstellung der Gebäude und der Straßen.



Abb. 408. Reihenhäuser der Arbeiterkolonie Merck, Darmstadt. Architekt. Prof. Pützer

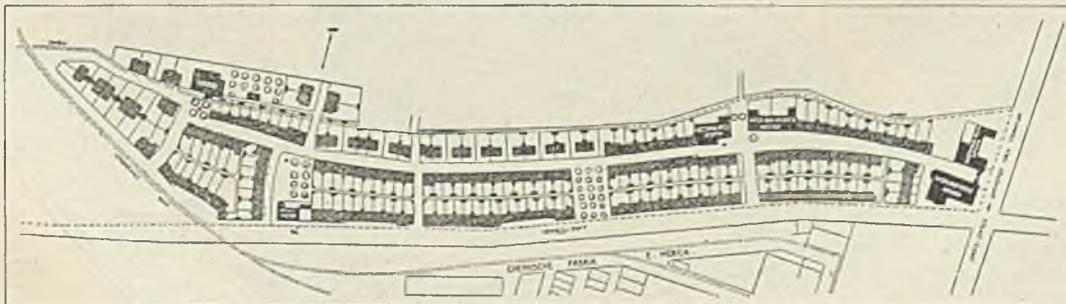
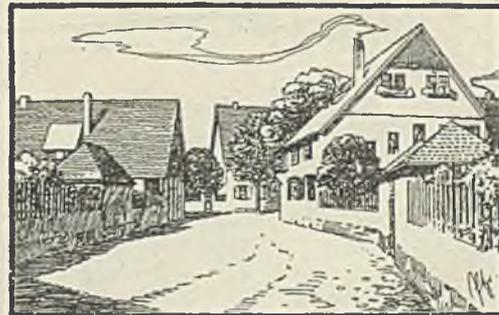
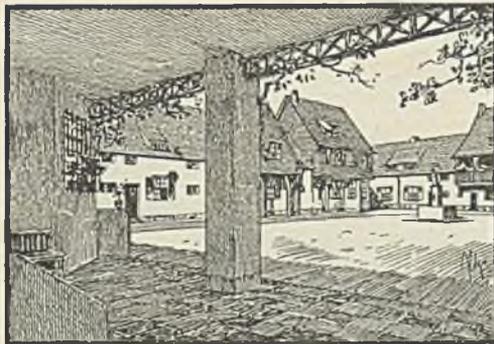


Abb. 409 - 411. Aus der Arbeiterkolonie Merck bei Darmstadt. Architekt Professor Pützer

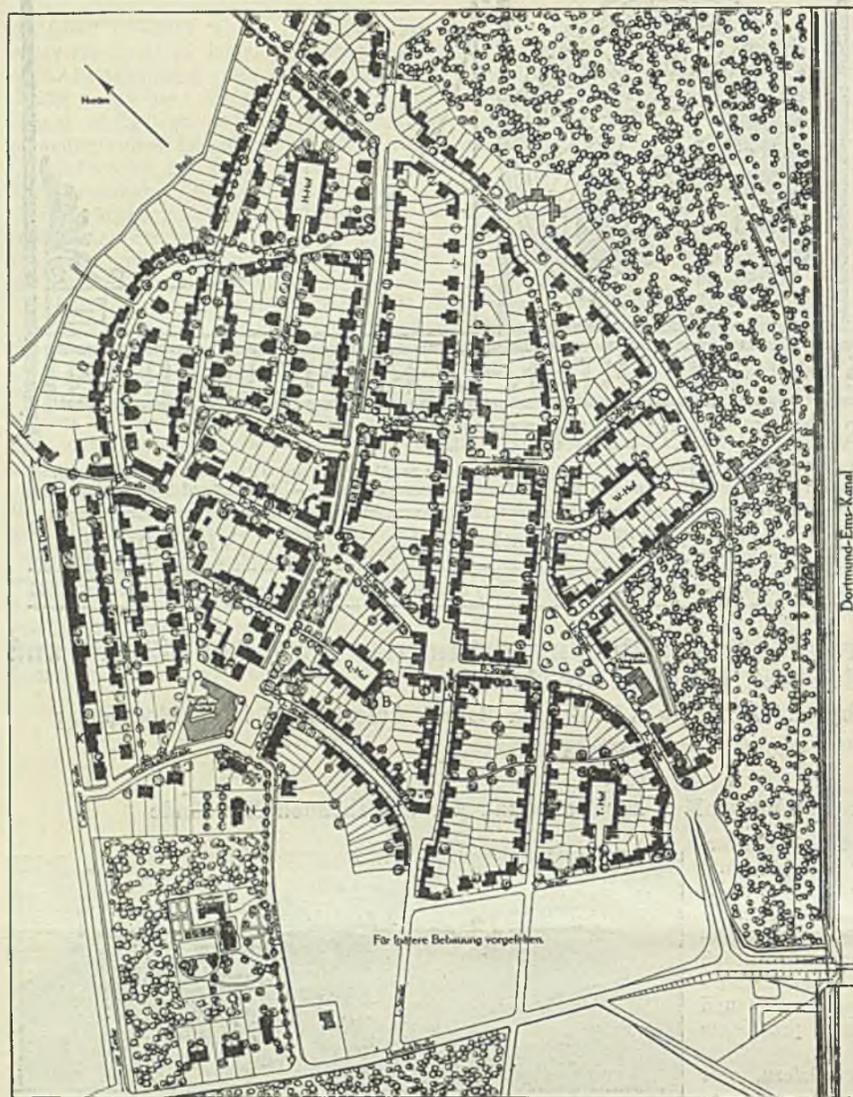


Abb. 412. Kolonie Gewerkschaft Emscher Lippe

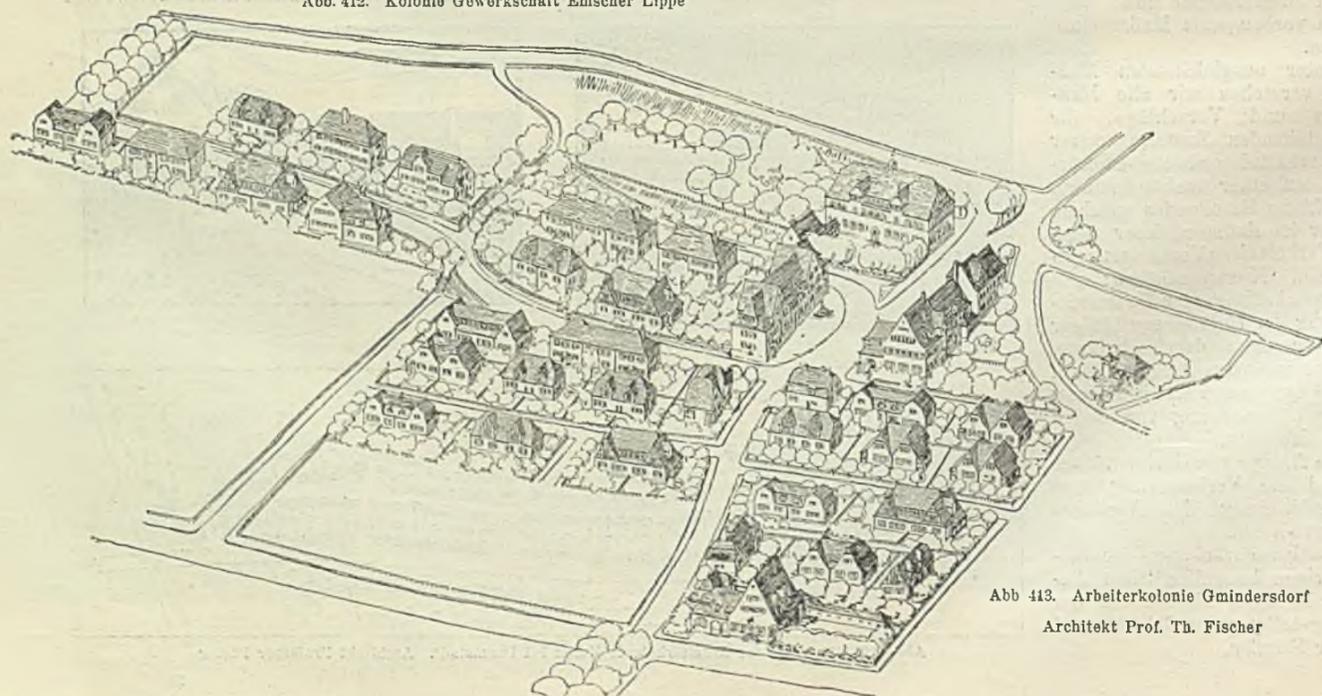


Abb. 413. Arbeiterkolonie Gmindersdorf
Architekt Prof. Th. Fischer



Abb. 414. Kolonie Friedhof Architekt Baurat Schmohl

Die vorbeugenden Maßregeln wollen die weitere Ausbreitung der bestehenden Mißstände durch Verwaltungsmaßregeln oder durch gesetzgeberische Maßnahmen verhindern und durch Zwang eine verbesserte Wohnform herbeiführen. Hierunter rechnen wir: 1. die Waungsaufsicht, 2. die Verbesserung der Bebauungspläne, 3. die Besteuerung des Bodens und 4. die Aenderung der Organisation des Realkredits.

a) Ausgleiche Maßregeln

I. Die Schaffung oder Unterstützung der Herstellung billiger Wohnungen durch Private, gemelnützige Gesellschaften, die Kommunen und den Staat

a) Bei Privaten sind es mit Ausnahme einiger wenigen Stiftungen*) zumeist Arbeitgeber, die schon seit verschiedenen Jahrzehnten für ihre Arbeiterschaft gute und für die Arbeitsstelle günstig gelegene Wohnungen herstellen. Hierdurch wird es dem Arbeitgeber möglich die Arbeiter an den Betrieb zu fesseln und billige Löhne zu halten. Es handelt sich somit in den allermeisten Fällen um materielle und selten um rein soziale Gesichtspunkte, die zu der Einrichtung dieser Wohnungen führen. Diese Wohnungen sind überdies auch in den meisten Fällen in kleineren Orten oder bei völliger Neugründung von Ansiedlungen gebaut worden, wo die in unsren bisherigen

*) Vgl. Eberstadt, Handbuch des Wohnungswesens.

Bearbeitungen erörterten Wohnungsmißstände oder hohen Bodenpreise noch nicht zu verzeichnen waren. Bei all den Schöpfungen herrschen die Mietwohnungen vor, sie sind ziemlich zahlreich und in fast allen Industriegegenden zu treffen. Im Jahresbericht des rheinischen Vereins zur Förderung des Arbeiterwohnwesens für 1906/07 werden in 56 Gemeinden allein 27 700 Wohnungen

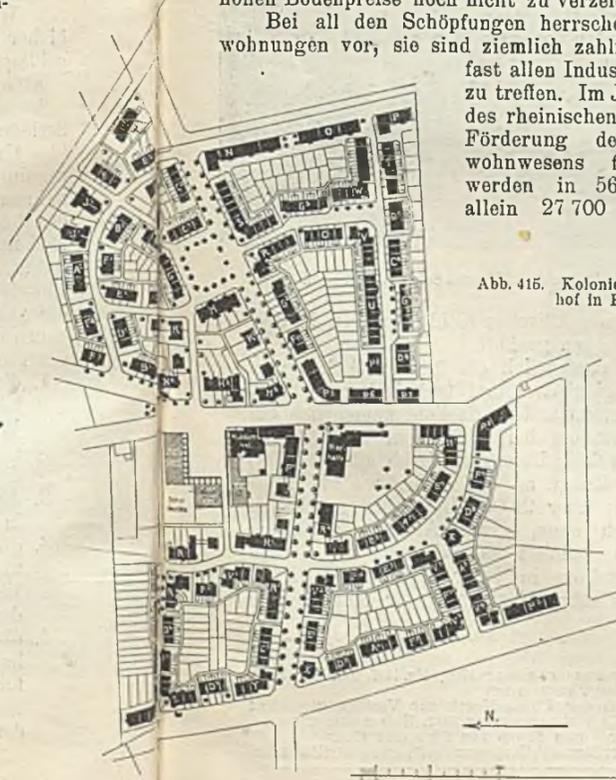


Abb. 415. Kolonie Margarethenhof in Essen

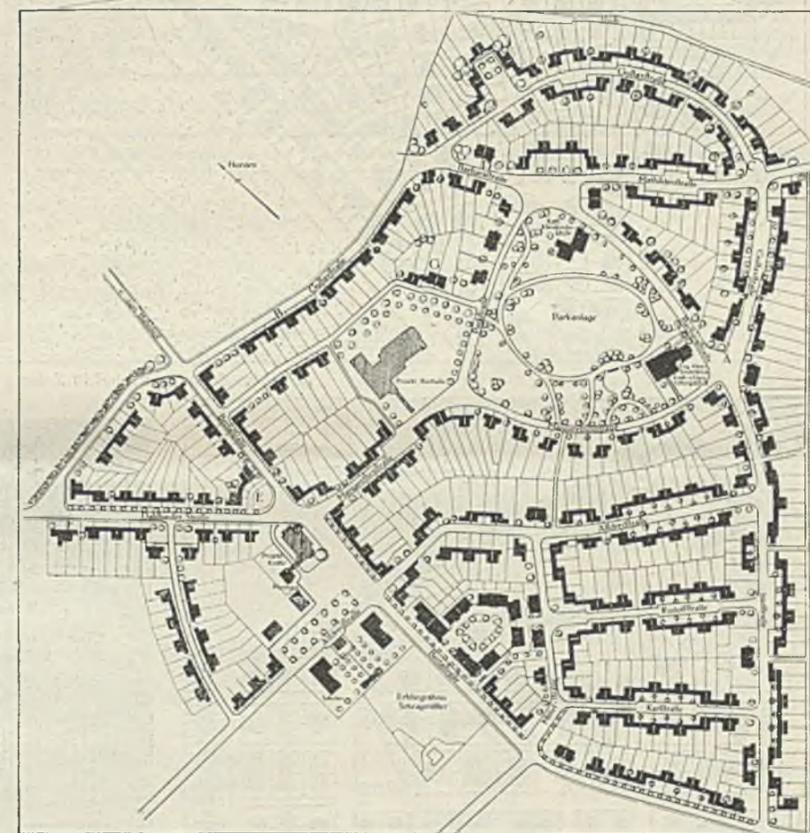
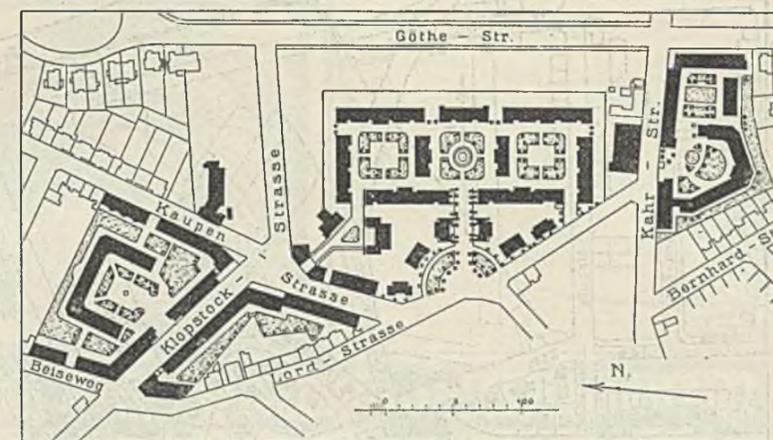


Abb. 416 (obenstehend). Kolonie Friedrichshof in Essen

Abb. 417 (in der Mitte stehend). Zeche Hannover. Kolonie Dalhauser Heide

Abb. 418 (nebenstehend). Aus der Kolonie Margarethenhof. Architekt Baurat Schmohl u. Schneegans



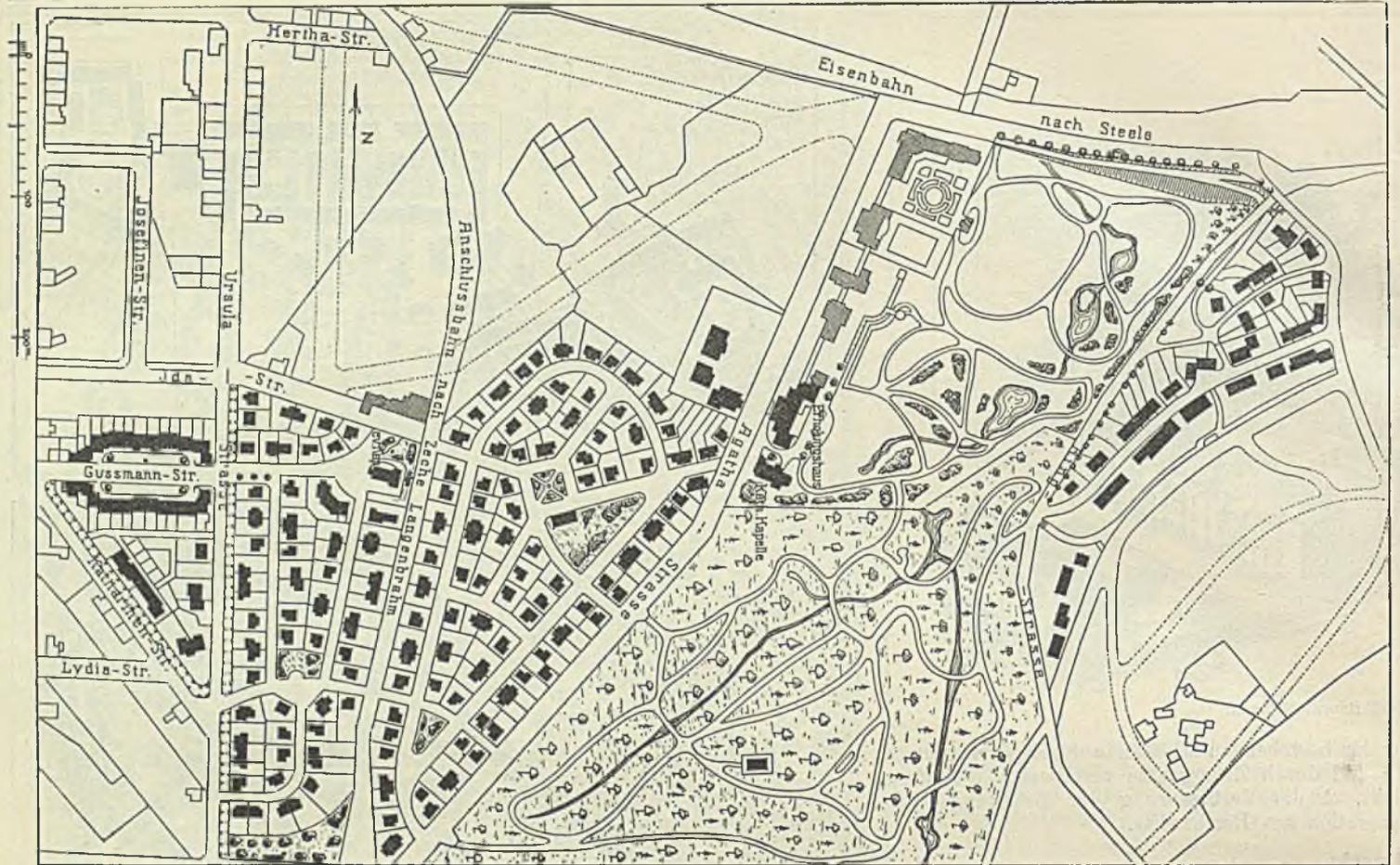


Abb. 419. Kolonie Altenhof in Essen

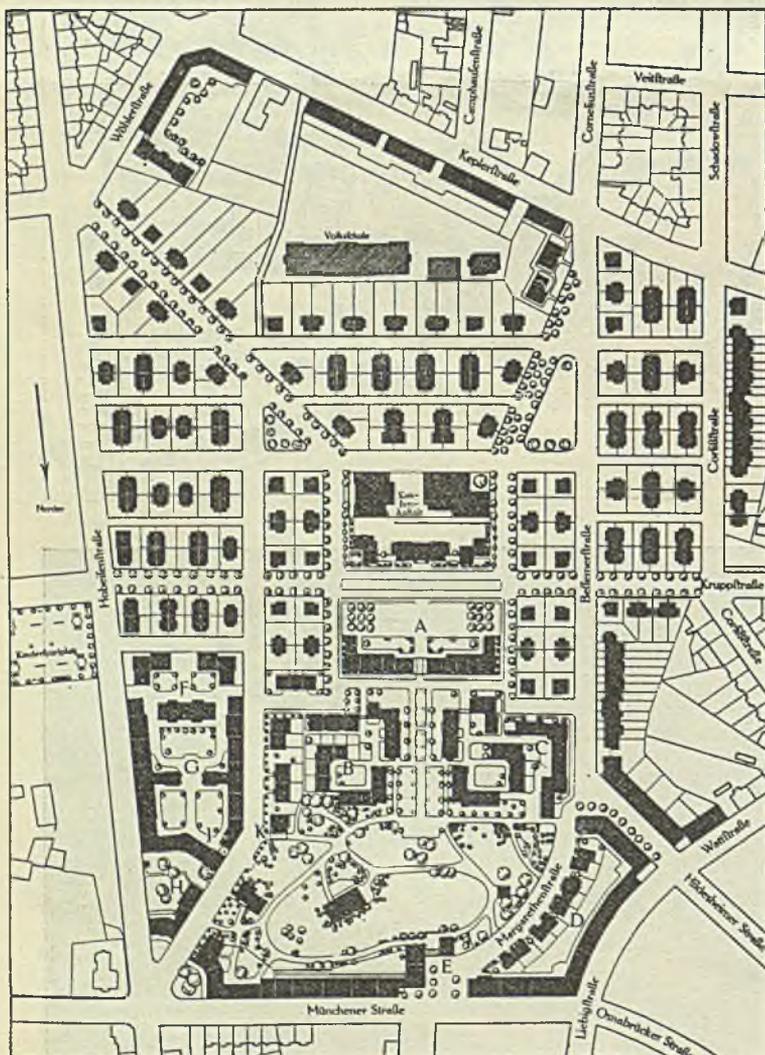


Abb. 420. Kolonie Alfredshof in Essen



Abb. 421. Aus der Kolonie Altenhof. Architekt Baurat Schmolh und Schneegans

und nach Eberstadt in den westfälischen Kohlenrevieren in drei Kreisen rund 13 400 Wohnungen gezählt.

Ein Teil der Anlagen, namentlich die älteren Anlagen in Oberschlesien, lassen in hygienischer und technischer Hinsicht manches zu wünschen übrig, an andern Stellen, namentlich bei der Arbeiterkolonie Gmindersdorf bei Reutlingen (Abb. 413)* bei den Farbwerken von Merck in Darmstadt (Abb. 408—411)** endlich bei Fr. Krupp in Essen an der Ruhr, wo bis 1908 bereits 5348 Wohnungen für über 22 000 Bewohner geschaffen wurden*** und wo jährlich neue, große Anlagen entstehen (Abb. 412 und 414—422)†, handelt es sich aber um Schöpfungen, wie man sich dieselben in jeder Hinsicht, auch in städtebaulicher und künstlerischer Beziehung gar nicht besser denken kann.

(Fortsetzung folgt)

*) Aus dem Zentralblatt der Bauverwaltung 1908, Nr. 11 ff. und der Zeitschrift für Wohnungswesen 1908, Heft 2 entnommen.

**) Die Abbildungen sind von der Firma Merck zur Verfügung gestellt worden bezw. aus der Zeitschrift für Wohnungswesen 1911, Heft 2 entnommen.

***) Die Wohnungsfürsorge der Firma Krupp von Finanzrat Haux.

†) Die Abbildungen sind von der Firma F. Krupp zur Verfügung gestellt worden.

Wilhelm-Strauch-Stiftung für den Architekten-Verein zu Berlin

Wettbewerb für 1913

Hauptaufgabe: Ueber Planung und bauliche Entwicklung der märkischen Ortschaften (Städte, Dörfer, Schloß- und andere Anlagen) unter dem Einflusse von Kulturströmungen und politischen Verhältnissen.

Reiseaufgabe: Vervollständigung und Erweiterung der preisgekrönten Lösung durch Reisetudien. (Ziel und Aufgabe der Reise wird der Vereinsvorstand im Einvernehmen mit dem Beurteilungsausschuß und dem Preisträger festsetzen.)

Die Mitglieder des Architektenvereins werden eingeladen, sich zu beteiligen. Es gelten die in den Satzungen der Wilhelm-Strauch-Stiftung festgesetzten Bestimmungen*). Nach diesen sind alle Mitglieder zur Teilnahme berechtigt, die sich bis zum 31. Januar d. J. zur Aufnahme in den Verein gemeldet und den Beitrag vom 1. Januar 1912 ab bezahlt haben.

Die Wettbewerbsarbeiten sind bis zum 31. März 1913, nachmittags 2 Uhr, entweder in der Geschäftsstelle des Vereins, Berlin W 66, Wilhelmstraße 92/93, abzugeben oder bis zu derselben Endfrist auf einer Postanstalt des Deutschen Reichs abzuliefern. Wettbewerbsarbeiten, bei denen diese Endfrist nicht eingehalten ist, werden von dem Wettbewerb ausgeschlossen.

Die Wettbewerbsarbeiten sind mit einem Kennworte zu bezeichnen. Beizufügen ist ein mit gleichem Kennworte bezeichneter verschlossener Umschlag, der den Namen und die eidesstattliche Versicherung des Verfassers enthält, daß er die Arbeit selbständig angefertigt hat. Auf der Außenseite des Umschlages ist ferner die Erklärung abzugeben, daß der Verfasser den genannten Bedingungen zur Teilnahme am Wettbewerb genügt hat. Der Beurteilungsausschuß, der die Aufgabe gestellt hat, prüft auch die eingegangenen Arbeiten und beschließt über die

Zuerkennung des vom Stifter auf 3000 Mark festgesetzten Preises.

Von der Erteilung des Preises darf nur abgesehen werden, wenn der Ausschuß mit einer Mehrheit von drei Vierteln aller ihm angehörenden Mitglieder beschließt, daß keine der ein-

gegangen Arbeiten der Zuerkennung des Preises würdig sei. In diesem Falle verfällt der Preis zugunsten der Stiftung.

Sofern die Stiftung die erforderlichen Mittel besitzt, was zurzeit der Fall ist, können mit Zustimmung des Vorstandes ausnahmsweise mehrere Preise erteilt werden.

Die Preiserteilung erfolgt am Geburtstage des Stifters, dem 23. Juni 1913.

Der Preisträger ist verpflichtet, innerhalb zweier Jahre die zur Lösung der gestellten Reiseaufgabe erforderliche, auf wenigstens vier Monate auszudehnende Studienreise anzutreten. Auf Antrag des Preisträgers kann auch ausnahmsweise zugelassen werden, daß er eine andere als die im Ausschreiben des Wettbewerbs bezeichnete Reiseaufgabe bearbeitet. Hierüber befindet der Vorstand im Benehmen mit dem Beurteilungsausschusse.

Der Preisträger ist ferner verpflichtet, die Auszahlung des Preises vier Wochen vor dem Antritte der Reise beim Vorstande zu beantragen, sowie dem Vorstande die Rückkehr unverzüglich anzuzeigen und innerhalb sechs Monaten die Bearbeitung der gestellten Reiseaufgabe einzureichen. Die Schriftstücke sind in Maschinschrift und die Zeichnungen im Originale vorzulegen. An Stelle der schriftlichen Bearbeitung kann der Vorstand dem Preisträger gestatten, einen Vortrag im Architekten-Verein zu halten. In diesem Falle hat der Preisträger eine wortgetreue Niederschrift des Vortrags in Maschinschrift, die ausgehängten Zeichnungen und die vorgeführten Lichtbilder im Original einzureichen.

Die mit dem Strauchpreise gekrönte Wettbewerbsarbeit wird ebenso wie die Bearbeitung der Reiseaufgabe Eigentum des Vereins. Dieser hat das Recht, beide in seiner Wochenschrift oder in einer sonst geeigneten Weise zu veröffentlichen. Eine weitere Verwertung der Arbeiten durch den Preisträger selbst ist im Einvernehmen mit dem Vereinsvorstande zulässig (§ 13 der Satzungen).

Die übrigen Arbeiten werden den Verfassern in der Geschäftsstelle zur Verfügung gestellt oder auf Wunsch portofrei zurückgesandt.

Berlin, im Juli 1912.

Der Vorstand
Habicht.

*) Seite 282 des Jahrbuchs 1912.

Studienplan der Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung zu Berlin

(30. Oktober 1912 bis 12. März 1913)

(Fortsetzung aus Nr. 39a, Seite 622)

Studienreise nach den Niederlanden vom 1 bis 12. März 1913

(Führer: Herr Winkl. Geh. Ob.-Reg.-Rat Dr. Elster, Herr Prof. Dr. Harms-Kiel, Herr Privatdozent Dr. Hoffmann)

Die Niederlande gehören zu den kleineren mitteleuropäischen Staaten, die Deutschland angelagert sind. Aber anders wie Dänemark, zu dem im Winter 1911/12 die Studienreise ging, ist Holland mit Deutschland durch eine vielhundertjährige Geschichte bis zur Neuzeit verbunden gewesen, und es ist nach politischer Trennung durch mannigfache enge Bande an das deutsche Wirtschaftsleben geknüpft geblieben. Dem größten deutschen Industriebezirke vorgelagert, umschließt es die Mündungen der größten deutschen Wasserstraße. So sieht es durch die ebenen grünen Lande und an den Stätten alter Kultur gewaltige Gütermassen vorüberziehen, zu Tal die Produkte deutscher Arbeit, zu Berg die Erträge aller Weltgegenden, die jenen Bezirken gewerblichen Schaffens Nahrung wie Rohstoff werden. In seinen Häfen laufen daneben die Fäden eines sehr beträchtlichen eignen Handels zusammen, welcher die ganze Welt umspannt, eine sichere Stütze indessen in dem Verkehr mit den reichen Kolonien, vornehmlich der östlichen Hemisphäre findet. Die Kenntnis aller dieser Tatsachen, Beziehungen und Wechselwirkungen zu vermitteln, ist der Zweck der Studienreise, die dementsprechend das holländische Volk und Land den Teilnehmern an der Reise näherführen will in der Eigenart einer charakteristische Züge aufweisenden Volkswirtschaft, als Besitzer eines großen Kolonialgebiets, als Durchfuhr- und Zwischenhandelsland und als Kulturvolk.

Die holländische Volkswirtschaft, die auf einem Areal von nur 33 079 qkm im Jahre 1911 auf dem qkm 180, insgesamt 5 945 155 Menschen Unterhalt gewährte, weist wie die dänische drei hervor-

tretende Grundzüge auf. Im engeren Land überwiegt die Agrarproduktion, die auch bei Holland durch geologische und klimatologische Verhältnisse bedingt ist. Nach Calver*) gab die amtliche holländische Statistik am 31. Dezember 1899 bei einer Bevölkerung von 5 104 137 Personen folgende Erwerbsgliederung an:

a) in der Industrie beschäftigt	650 574 Personen
davon bei der Fabrikation von Genußmitteln	114 342 „
Mithin verblieben in rein gewerblicher Tätigkeit	536 232 Personen
b) in der Naturproduktion	592 774 „
davon in Jagd und Fischerei	22 496 Personen
im Landbau	570 278 „
c) im Handel und Verkehr	332 225 „
davon im Warenhandel	186 110 Personen.

In dem Wirtschaftsleben, vornehmlich im Landbau, tritt gleichfalls der kleinere und mittlere Betrieb stark hervor. Und drittens schließlich sind die Niederlande noch immer ein gemäßigtes, in bezug auf Agrarprodukte völliges Freihandelsland, das 1910 einen Außenwarenumsatz in der Einfuhr von 5508 Millionen Mark, in der Ausfuhr von 4441 Millionen Mark, insgesamt von fast 10 Milliarden Mark aufweisen konnte.

Aus seinem Heroenzeitalter hat sich Holland einen großen, im Verhältnis zum Umfange des Mutterlandes gewaltigen Kolonialbesitz erhalten. Sein Areal beläuft sich heute auf 2 045 647 qkm, die 1911

*) Calver, Jahrbuch der Weltwirtschaft 1911. Daneben ist benutzt: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1911.

von 38 101 800 Menschen bewohnt waren; davon entfallen auf das reiche Ostindien 1 458 036 qkm. Die wirtschaftliche Bedeutung dieser Kolonien zeigt ihr Handel: im Jahre 1908 betrug

	die Einfuhr	die Ausfuhr	der Gesamtverkehr
der ostindischen Besitztungen .	445 242 245 M.	765 658 370 M.	1 210 900 615 M.
der amerikanisch. Besitztungen .	16 614 225 „	10 552 080 „	27 166 305 „
			1 238 066 920 M.

Die Hauptgüter, die zur Ausfuhr gelangen, sind sogenannte Kolonialwaren, Tabak, Zucker, Reis, Tee, Kopro u. a. Ein beträchtlicher Prozentsatz davon geht nach dem Mutterlande, das infolgedessen bei der Preisgestaltung einzelner Welthandelsartikel, z. B. des Tabaks, eine herrschende Rolle spielt. Deutschlands Anteil an dem Bezug solcher Güter ist keineswegs gering; der Umfang seiner Lieferungen ist jedoch relativ unbedeutend. Die Zahlen für dasselbe Jahr 1908 waren für Deutschlands

	Einfuhr	Ausfuhr
	Millionen Mark	Millionen Mark
Niederl. Indien	173,2	40,7
Niederl. Amerika	0,6	0,7
	173,8	41,4

Schafft dieser Vermittlungsverkehr schon Reichtümer, so ist ganz besonders die glückliche Lage um die Rheinmündungen Holland zustatten gekommen. Wie große Summen in der Durchfuhr von und nach Deutschland befördert werden, ist aus der holländischen Statistik, die anscheinend auf dem Grenzverkehr basiert, nicht einwandfrei festzustellen. Immerhin lassen sich aus einer Gegenüberstellung mit den deutschen Zahlen eindringliche Schlüsse ziehen. Nach der eignen Statistik des Landes hatte 1908 die Einfuhr einen Umfang von

(Einfuhr:) 4 763 581 900 M., davon aus Preußen, Hamburg und Bremen: 1 167 404 000 M.
die Ausfuhr: 3 679 515 700 M., davon nach Preußen, Hamburg und Bremen: 1 823 647 000 M.

Der Gesamthandel Hollands wies mithin eine Passivität von 1 048 066 200 M. auf, der spezielle Handel mit Deutschland demgegenüber eine Aktivität von 656 243 000 M. Nach deutschen An-

gaben belief sich indessen im Verkehr mit Deutschland für die Niederlande 1908

die Einfuhr auf 453 700 000 M. — — 713 704 000 M. gegenüber den holländischen Zahlen,
die Ausfuhr auf 230 800 000 M. — — 1 592 847 000 M. gegenüber den holländischen Zahlen.

War der Handel Deutschlands mit Holland nach holländischen Berechnungen um 656 243 000 M. passiv, so ist er nach deutscher Aufstellung aktiv um 222 900 000 M. Der Gesamtwarenverkehr zwischen den Niederlanden und Deutschland betrug 1908

nach deutschen Angaben 684 500 000 M.

nach holländischen Angaben 2 991 100 000 „

Unter der Voraussetzung der Richtigkeit aller Zahlen ging über die holländische Grenze mithin eine Durchfuhr von 2 306 600 000 M.

Neben diese wirtschaftlichen Tatsachen und Beziehungen, die naturgemäß in den Vordergrund der Betrachtung treten, wird zur Ergänzung, als Ausfluß wie als bewegende Ursache, die holländische Kultur, insbesondere die holländische Kunst, treten.

Die Reise verläuft über die kleinen Städte des Ostens, des Südens und der Mitte, die das typische holländische Leben am reinsten wiedergeben, zu den großen Handelsplätzen Rotterdam und Amsterdam. Sie wird mithin berühren: Hengelo, Zutphen, Arnhem, Nimwegen, s'Hertogenbosch, Tilburg, Breda, Willemsdorp, Dordrecht, Rotterdam, Delft, Haag, Scheveningen, Leiden, Haarlem, Amsterdam. Nachdem so gewerbliche Unternehmungen verschiedenster Art, Handels- und Verkehrseinrichtungen, Wasserbauten am Rhein, sozialpolitische Einrichtungen und Kunst- wie Kulturschätze in Augenschein genommen sind, geht die Reise um die Zuiderzee über Utrecht und Zwolle durch die rein landwirtschaftlichen Bezirke des Nordens nach Groningen. Sie endet auf deutschem Boden in Emden nach Besichtigung der Anlagen, die dem Rhein eine deutsche Verbindung mit der See geben.

Vorträge und Diskussionsabende während der Reise werden die gewonnenen Eindrücke vertiefen helfen. Zur Vorbereitung werden neben Einzelvorträgen und Museumsführungen besondere Vorlesungen in der letzten Woche vor Antritt der Reise abgehalten werden. Ueber alle Einzelheiten wird ein im Lauf des ersten Quartals des Kursus zur Ausgabe gelangendes Programm nähere Auskunft geben.

Der wissenschaftliche Zentral-Verein Humboldt-Akademie (Zentralbureau: Berlin W 57, Kurfürstenstraße 166, Tel.: Amt Lützw, 8794) veröffentlicht das Programm für das 4. Lehrvierteljahr 1912, das 240 Vortragsreihen enthält. Die Vorlesungen umfassen, wie früher, die Gebiete sämtlicher Wissenschaften und ihrer praktischen Anwendung. Neu hinzugegetretene sind unter andern Vorlesungen über Landwirtschaft, Tierarzneikunde, Biologie, Geologie und Völkerkunde. Das Lehrvierteljahr beginnt am Mittwoch, den 9. Oktober. Vorlesungsverzeichnisse und Hörerkarten sind im Hauptbüro, Kurfürstenstraße 166, I, 1—3, in den Geschäftsstellen mehrerer Vereine, sowie in zahlreichen Buchhandlungen in allen Stadtteilen erhältlich. Es lesen unter anderen Herr Dipl.-Ing. Leo Nachtlicht über: Einführung in die Architektur und das Kunstgewerbe und Herr Dr. Werner Hegemann, Generalsekretär des Propagandausschusses für Groß-Berlin über: Einführung in die städtebaulichen Fragen von Groß-Berlin.

„Die Ausbildung der Gerichtsassessoren und die Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung in Berlin“ ist ein Aufsatz betitelt, den Herr Professor Dr. Bernhard Harms aus Kiel kürzlich im Tag veröffentlicht hat. Er zeigt, welchen hohen Wert viele Juristen auf die wissenschaftliche und praktische Weiterbildung der Referendare in Gestalt von Fortbildungskursen legen, in denen die jungen Leute während mehrerer Monate unter Ausschluß jeder sonstigen andern Beschäftigung auf den verschiedensten Gebieten durch Vorträge, Besichtigungen und Reisen unterwiesen werden, und wie großzügig die Staatsbehörden derartige Bestrebungen unterstützen.

Der Schluß des Aufsatzes wird an dieser Stelle Interesse erwecken:

Schon diese wenigen Andeutungen zeigen, daß die Berliner Vereinigung auf dem von ihr seit zehn Jahren bearbeiteten Boden wieder einen großen Schritt vorwärts getan hat. Wir besitzen jetzt in Deutschland eine Pflegestätte wissenschaftlicher und praktischer Fortbildung für junge Juristen, die, sofern sie einer möglichst großen Zahl von künftigen Beamten zugänglich gemacht wird, an ihrem Teile dazu beitragen wird, dem deutschen Volke jenen Beamtenkörper zu sichern, den es im Hinblick auf seine soziale und wirtschaftliche Entwicklung dringend nötig hat. Es bestehen jährlich 1200 bis 1300 Re-

ferendare das Assessorexamen in Preußen — es sollte möglich gemacht werden, sie alle die Berliner Fortbildungskurse absolvieren zu lassen. Der Aufwand an Zeit und Geld wird sich für Verwaltung, Justiz und Volkswirtschaft reichlich lohnen.

Dem preußischen Justizminister gebührt für sein energisches Vorgehen der uneingeschränkte Dank aller Freunde eines gesunden Fortschritts. Er darf für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, eines der brennendsten Probleme modernen Beamtentums in seinem großen Ressort der Lösung entgegengeführt zu haben. Zu wünschen bleibt nur, daß die „nachgeordneten Behörden“ diesen wahrhaft großzügigen Bestrebungen ihres Chefs auch das nötige Verständnis entgegenbringen.

Zu wünschen ist aber ein weiteres: Die Berliner Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung darf bei dem bisher Erreichten und Geplanten nicht stehen bleiben. Soll das aufgestellte Ideal vollständig verwirklicht werden, so ist es ganz unerlässlich, daß dem jetzigen Wintersemester noch ein Sommersemester angeheftet wird, damit in der Form einer regelrechten Beamtenakademie durch ein ganzes Jahr hindurch der Lehrbetrieb aufrechterhalten werden kann. Abgesehen von allem andern empfiehlt sich dies auch deshalb, weil in dem Erlasse des Justizministers ein einjähriger Urlaub für die Assessoren vorgesehen ist, und weil weiter die große Zahl der künftig zu erwartenden Teilnehmer den Jahresbetrieb ohnehin wünschenswert macht. Die heute bestehenden Frühjahrskurse sowie die kürzeren Ausbildungskurse in Köln, Frankfurt, Mannheim, München usw. brauchten, weil vornehmlich für ältere Beamte in Betracht kommend, hierdurch in keiner Weise berührt zu werden. Die Berliner Vereinigung würde deshalb mit solcher Erweiterung ihres Rahmens einem dringenden Bedürfnis entsprechen. Die dem entgegenstehenden Schwierigkeiten werden bei dem großen Interesse, das an den Zentralstellen der preußischen Verwaltung dem „Beamtenproblem“ ausnahmslos entgegengebracht wird, auch keineswegs unüberwindlich sein.

Zu dem Preisausschreiben zur Erlangung von Entwürfen zum Neubau eines Rathauses in der Stadt Landsberg a. W. sind 146 Entwürfe eingegangen. Es erhielten Preise die Herren Architekten Spitzner in Berlin, Köhler und Kranz in Charlottenburg und Paul Baumgarten in Berlin. Das Protokoll liegt in der Geschäftsstelle des A. V. B. zur Einsicht aus.